



PIRATENPARTEI
Deutschland

Piratenpartei Deutschland | Pflugstraße 9a | 10115 Berlin

Pro Psychotherapie e.V.
Dipl.-Psych. Fritz Propach
Landwehrstr. 35

80336 München

Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

Sehr geehrter Herr Dipl.-Psych. Fritz Propach,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl und das damit bekundete Interesse an unserer Politik. Im Anschluss erhalten Sie unsere Antworten:

1. Studiengang Psychotherapie **Wie will Ihre Partei die Ungleichbehandlung der** **Absolventen/innen vorbeugen?**

Prinzipiell gelten für uns diesbezüglich zwei Grundsätze:

Gleiches Geld für gleiche Arbeit
Das Einkommen muss für das Auskommen sorgen

Wo also unabhängig von der Ausbildung die auszuführenden Arbeiten qualitativ gleichwertig sind, müssen beide Berufsgruppen ein auskömmliches Einkommen erhalten. Hier ist es an den Berufsverbänden, entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Wie beurteilt Ihre Partei den neu eingeführten Studiengang **Psychotherapie sowie der Ausbildung zum** **Fachpsychotherapeuten?**

In allen Bereichen der Pädagogik und Psychologie wird der Bedarf immer größer, die Anzahl der Studienplätze hat sich jedoch seit Einführung mancher Studiengänge in den 70er nicht erhöht. Es wird Zeit, dass die Studienplatzanzahl dem Bedarf endlich folgt und die Zahl deutlich erhöht wird.

Setzt sich Ihre Partei für eine Erhöhung der Zahl der **Studienplätze ein?**

Ja, wie oben bereits ausgeführt, halten wir dies für unabdingbar.

2. Juli 2021

Bundesvorstand

Sebastian Alscher
Markus Barenhoff
Frank Grenda
Stefano Tuchscherer
Joachim Rotermund
Manuel Wolf
Wolf-Vincent Lübcke
Detlef Netter
Andreas Lange

Mail:

vorstand@piratenpartei.de

Bundesgeschäftsstelle **Piratenpartei Deutschland**

Telefon:

+49 30 2757 2040

Telefax:

+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN:

DE36 4306 0967 7006 0279 00

BIC:

GENODEM1GLS

www.piratenpartei.de

Wie steht Ihre Partei zur Anerkennung von gleichwertigen Psychotherapie-Ausbildungen, die im Ausland absolviert wurden?

Die Piratenpartei setzt sich generell für die Anerkennung im Ausland absolvierter Ausbildungen ein. Wo dies noch nicht durch entsprechende Regelungen gewährleistet ist, muss dies nachgeholt werden.

2. Ausdehnung der psychotherapeutischen Versorgung

Welches Konzept hat Ihre Partei, um mehr Menschen in Deutschland schneller zu einem Psychotherapie-Platz zu verhelfen?

Die bisherigen Modelle der KV reichen nicht aus. Die Terminservicestellen versuchen zwar Plätze zeitnah zu finden, jedoch sind manche ländliche Kreise so unterversorgt, dass Patient*innen über 50km fahren müssen, um den Therapieplatz erreichen zu können. An der Unterversorgung kann nur eine deutliche Zunahme der Studienplätze etwas ändern, dies würde sich aber erst in 10 Jahren bemerkbar machen.

Gute Erfahrungen hat man aber schon mit Videosprechstunden und Onlinetherapie gemacht. Da der Kern unserer Ausrichtung die Digitalisierung ist, können wir dies in diesen Fällen prinzipiell unterstützen.

Sollen Ihrer Meinung nach mehr neue Praxissitze hinzukommen?

Wie bereits erwähnt, wird der Bedarf immer größer und somit muss auch die Zahl von Praxen erhöht werden.

Welcher Versorgungsschlüssel ist Ihrer Meinung nach angemessen?

Der aktuelle Versorgungsschlüssel, der eine proportionale Anzahl von Psychotherapeut*innen pro Einwohner erlaubt, stammt von 1996 und hat mit der aktuellen Bedarfssituation schon lange nichts mehr zu tun. Für Psychotherapeut*innen ist es sehr schwierig und teuer, eine Kassenzulassung zu erhalten. Deswegen arbeiten viele ambulante Therapeut*innen ohne Kassenzulassung und können so nur Privatpatient*innen und Selbstzahler*innen behandeln. Das sog. „Kostenerstattungsverfahren“ hat es bislang Kassenpatienten ermöglicht, dass ambulante Therapie in einer Privatpraxis von den gesetzlichen Krankenkassen – unter bestimmten Voraussetzungen und bürokratischen Hürden aber immerhin – übernommen wird. Das war zumindest ein mittelfristiger Lösungsweg. Doch auch dieser wird nun immer mehr von den Krankenkassen blockiert.

Welche weiteren Maßnahmen bieten Sie an, um die psychotherapeutische Betreuung von Menschen zu verbessern?

Hilfreich wäre hier die Öffnung von Kliniken für die ambulante Behandlung über die bisherigen Institutsambulanzen hinaus. Beratungsstellen der Suchthilfe, Flüchtlingshilfe, Familienhilfe etc. könnten auch eine Zulassung zur Abrechnung erhalten.

3. Heilpraktiker-Ausbildung und Zulassung

Hat Ihre Partei Konzepte für eine geordnete Berufsausbildung zum Heilpraktiker?

Prinzipiell setzen wir auf die Eigenverantwortung Betroffener. Dies gilt auch in diesem Fall. Es ist an den Berufsverbänden, ein geordnetes Ausbildungskonzept zu entwickeln.

Gibt es darüber hinaus Überlegungen, die Abrechnung bestimmter psychotherapeutischer Leistungen von Heilpraktikern, die eine wissenschaftlich fundierte Psychotherapieausbildung nachweisen können, über die GKV (Gesetzliche Krankenversicherung) in größerem Ausmaß als bisher zu erlauben?

Als evidenzbasierter Behandlung verpflichteter Partei sehen wir es als notwendig an, wissenschaftlich fundierte Methoden zu fördern. Inwieweit dies mit dem Berufsbild des Heilpraktikers in Einklang zu bringen ist, müsste zuerst durch unabhängige Studien nachgewiesen sein.

4. Zukunft der Psychotherapie per Videotelefonie

Wie sind die Vorstellungen Ihrer Partei zur Zukunft der Psychotherapie per Videotelefonie in und nach der Ausnahmesituation Corona-Pandemie hinsichtlich der Sicherung der therapeutischen Qualität in Videositzungen, der Vergütung von Videositzungen sowie der maximal abrechenbaren Videositzungen im Rahmen einer kassenfinanzierten Psychotherapie?

Videositzungen sollten unter strikter Einhaltung des Datenschutzes eher die Ausnahme sein. Sie sollten hauptsächlich dann zum Einsatz kommen, wenn die Patient*innen nicht in der Lage sind, an einer Präsenzsitzung teilzunehmen. Nach wie vor in weiten Teilen der Republik unzulängliche Bandbreiten behindern zudem eine gleichmäßige Behandlung insbesondere im ländlichen Bereich. Da uns keine Studien über die unterschiedliche Wirksamkeit einer Beratung in Video- und Präsenzsitzungen bekannt sind, können wir jedoch keine abschließende Aussage über deren Wertigkeit machen.

5. Suizid-Prventionsstrategie

Wie beurteilt Ihre Partei den Stand der Nationalen Suizid-Präventionsstrategie auf Maßgabe der WHO hin?

Seit vielen Jahren ist die Zahl der Suizide rückläufig und einen großen Anteil hat hier auch die Präventionsstrategie. Ein Faktor ist der erschwerte Zugang zu Suizidmethoden. Weitere Maßnahmen, wie die Telefonseelsorge und die verschiedenen PsychKG der Länder, haben vermutlich auch dazu beigetragen. Wissenschaftliche Nachweise lassen sich jedoch nur schwer führen.

Inwieweit befürwortet Ihre Partei eine Nationale Suizid-Präventionsstrategie?

Positiv - für jeden Menschen, der zusätzlich gerettet werden kann.

Mit welchen Konzepten und Mitteln unterstützt sie deren Umsetzung?

Wir sprechen uns für den Ausbau des Beratungsangebotes aus. Noch wichtiger ist ein niederschwelliges Angebot auszubauen und besser zu finanzieren (Telefonseelsorge). Gerade im Zusammenhang mit den pandemiebedingten Einschränkungen haben Suizide von Kindern und Jugendlichen zugenommen. Hier muss also auch im Bereich der Jugendämter eine fundierte Beratung und Hilfe zur Verfügung stehen und mit digitalen Mitteln angeboten werden können.

Plant Ihre Partei Aufklärungskampagnen zum Thema Suizidversuch/Suizid?

Ja

Haben Sie andere Maßnahmen zur Reduktion der nach wie vor zu hohen Selbstmordrate im Sinn?

Nicht selten sind es unüberwindbar scheinende wirtschaftliche Probleme, die keinen anderen Ausweg als den Tod erkennen lassen. Das ist einer von vielen Gründen, warum wir uns für einen Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen aussprechen. Damit sollte zumindest immer das persönliche Auskommen gesichert sein.

6. Neue Psychotherapeuten-Richtlinie

Wie beurteilt Ihre Partei die neue Psychotherapeuten-Richtlinie aus dem Jahr 2017? Sehen Sie Verbesserungsbedarf? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie zur Verbesserung vor?

Wie bereits erwähnt, funktioniert der schnelle Zugang zu einem Erstgespräch mittlerweile. Entfernung und Therapieplätze haben sich aber vielfach nicht verbessert, sogar noch verschlechtert.

7. Missstand Verkauf von Kassensitzen im Bereich Psychotherapie

Hält Ihre Partei diese Praxis für hinnehmbar und welches Konzept hat Ihre Partei, um für mehr Gerechtigkeit und Entlastung der Berufseinsteiger zu sorgen? Gerade im Spiegel der zu hohen Wartezeiten wäre das Signal von mehr Kassensitzen und Praxen notwendig.

Gesundheit darf nicht als Ware gesehen werden. Niemand sollte mehr Kassensitze haben, wie selbst zu bedienen sind, sodass es im allgemeinen nur einer sein dürfte. Wir würden prüfen, welche gesetzlich legitimen Möglichkeiten es gibt, die Ansammlung mehrerer Sitze zu unterbinden bzw. in dem Fall, dass es Interessent*innen für die Übernahme eines ansonsten verwaisten Sitzes gibt, Höchstpreise festzulegen.

8. Begrifflichkeiten

Wie gedenkt Ihre Partei mit dieser Problemstellung umzugehen? Streben Sie eine Straffung der Begrifflichkeiten an und planen Sie eine Aufklärungskampagne?

Es bietet sich an, beide Fragen gemeinsam zu beantworten. Wir glauben, dass sich an den Begrifflichkeiten wenig ändern lässt, da diese sich über viele Jahrzehnte zumindest im fachspezifischen Bereich etabliert haben.

Die PIRATENPARTEI strebt ein Fach: "Verbraucher*innen Bildung" an. Lebenspraktische Kenntnisse sollen in diesem Fach vermittelt werden. Unter anderem auch die Bearbeitung von Anträgen. Gerade junge Menschen, die keine Unterstützung haben, verzweifeln zumeist am Antragsverfahren. Neben der Darstellung, wie ein Antrag auf Therapie gestellt wird, kann auch die Struktur der ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung vermittelt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland

Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine